

Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.50 Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen 12 Monatsheften entnommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter der Rubrik 'Zeitung' eingetragen. Für eine Erklärung einzelner Manuskripte wird keine Vergütung übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Völkische Zeitung' gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Postzeitung Nr. 1142, Nr. 1418, der Bezugs-Nr. Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Völkische Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Nr. 493.

Halle, Dienstag, den 21. Oktober.

1919.

Das Schiedsgericht im Metallarbeiterstreik

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Der Metallarbeiterstreik geht weiter. Morgen tritt im Reichsarbeitsministerium das neu gebildete Schiedsgericht zusammen, von dem Gruppe zu Gruppe auf der Grundlage des Schiedsprotokolls vom 21. August zu verhandeln. Die Verhandlungen dürften etwa 8 Tage in Anspruch nehmen. Man hatte angenommen, daß der Streik sofort nach Bildung des unparteiischen Schiedsgerichts abgeklagt werden würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Vielmehr wird weitergestreikt, bis alle Verhandlungen erledigt sind. Der Streik wäre nun schon vier Wochen. Bei der geringen Streikunterstützung, die der Metallarbeiterverband bewilligen kann, bedeutet der Streik einen ungeheuren Verdienstausschlag für die von ihm betroffenen Arbeiter.

Protest des Gewerkschaftsbundes deutscher Eisenbahnbeamten.

Berlin, 20. Okt. (Drahtnachricht.) Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten richtete an die Reichsregierung unter dem 17. Oktober folgende Erklärung: Die Eisenbahnbeamtenhöfe sind höchst unzulässig gegen das territorialistische Verhalten der Beamten, welche am 13. Oktober mit Gewalttätigkeiten gegen Beamte der Eisenbahndirektion Frankfurt am Main vorgegangen sind. Sie fordern ebenfalls schnelle Demokratisierung der Verwaltung, aber auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung. Sie mißbilligt alle Gewalttätigkeit und verlangt Maßnahmen zum Schutze der Beamten bei Ausübung des Dienstes.

Eine „un glaubliche französische Gefühlshohheit“.

Berlin, 20. Okt. (Drahtnachricht.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weist die Ansicht der „Liberté“, daß die in französischer Gefangenenschaft befindlichen deutschen Soldaten als Geiseln für Innehaltung der Friedensbedingungen durch Deutschland zurückgehalten werden müßten, als eine un glaubliche Gefühlshohheit scharf zurück. Zur Verhinderung der wahrlich lange genug in banger Erwartung gehaltenen Aneignung unserer armen gefangenen Brüder betont sie nachdrücklich, daß die französische Regierung sich durch eine offizielle Note verpflichtet hat, die Gefangenen sofort nach der Kapitulation zu entlassen und diese feierliche Zusage unmöglich brechen kann.

Eine englische Blamage.

Berlin, 20. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Der englische Kommandierende der Seestreitkräfte vor Viga hat am 16. Oktober drei Parlamentäre zur westrussischen Armee gesandt mit einem Briefe unter folgender Adresse: An den Herrn General Vermond, Befehlshaber der deutschen Truppen. Diese Parlamentäre sind zurückgekehrt worden mit dem unehrlichen Schreiben und dem Bescheid, daß es weder einen General Vermond noch einen Befehlshaber deutscher Truppen gebe.

Peterburg tatsächlich genommen?

Berlin, 20. Oktober. Wie die Agentur Radio meldet, soll Gorkow gestern vormittag im russischen Besatzungsbereich ein Telegramm aus englischer Quelle erhalten haben, das offiziell die Befreiung Peterburgs durch die Truppen Jidenichs anzeigt. Die Hauptstadt sei vorher von der roten Armee geräumt worden.

Kronstadt und Peetersburg im Besitz der Sowjet-Regierung.

Wien, 20. Okt. (Drahtnachricht.) Nach einem Funkprotokoll des Wiener Tel.-Korrespondenz-Bureaus aus Moskau vom 20. Oktober 5 Uhr morgens sind entgegen ausländischen Meldungen Kronstadt und Peetersburg jetzt in der Hand der Sowjetregierung.

Graf Goltz über die Lage im Baltikum

Berlin, 20. Okt. Einem Mitarbeiter der „Berliner Morgenpost“ erklärte Graf Goltz, der auf Befehl der Reichsregierung nach Berlin zurückgekehrt ist, über die baltischen Dinge u. a.: „Ich hoffe, daß die Entente-Kommission, die jetzt ins Baltikum geht, das Drei- und Sechseck klar überlegen wird, daß keine Truppen mehr bei Vermond sind, die deutsche Reichsangehörige sind. Ich hoffe weiter, daß diese Kommission die Bedeutung von Vermonds Unternehmen einsehen und verstehen wird, daß er nicht anders es will, wie Denikin. Der weißrussische Zentralrat hat die Autonomie Ostland ausdrücklich anerkannt. Sein politisches Ziel, für das auch Vermond eintritt, ist ein föderatives Groß-Rußland, ich glaube, genau gesagt: die Vereinigten Staaten von Rußland. Die noch reichsdeutschen Truppen folgen alle dem Räumungsbeefehl; aber eine nicht unbedeutende Anzahl, wohl die rechtliche Hälfte, ist aus dem Verbande des Reiches ausgeschieden und sind russische Staatsbürger geworden, die sich dem Schicksal nicht auch die Entente einsehen, daß Deutschland sich nicht dagegen zur Wehre setzen kann, wenn eine

Anzahl Deutsche Bürger eines anderen Landes werden wollen. Deutschland als solches ist doch daran völlig unbeteiligt. Ebenso wird man eines Tages doch erkennen, daß es sich wirklich nicht um Verwirklichung imperialistischer Ziele von Deutschland aus handelt, sondern einfach um Privatwünsche der Mannschaften. Es ist nicht zu befehlen, mit welcher Stärke der Siebelergebende die Masse befehligt.“

Der Abtransport der Baltikum-Kämpfer.

Wie die Abendblätter berichten, beginnt nunmehr im Baltikum der Abtransport der früheren Fronttruppen. Nachdem in den letzten Tagen schon die Clappentruppen abtransportiert waren, sind bereits Artillerieabteilungen und Radfahrerkompanien in der Gegend von Schaulen eingetroffen und teils schon verladen, teils im Verladen begriffen. Der für den Abtransport der deutschen Truppen besonders in Betracht kommende Oberbefehlshaber ist im Einvernehmen mit dem litauischen Oberkommando von deutschen Truppen befehligt worden.

Ist die russische Nordwestarmee stark genug?

Sellingsfors, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Offiziell wird mitgeteilt, daß die russische Nordwestarmee ihren Vormarsch nördlich von Rasonje Selo fortsetzt. Die Bolschewiken behaupten, Petersburg vorzubringen zu wollen. Vor der restlichen Flanke der Armeen ruhmlich lebende Truppenmassen der Roten. Auch ihrer Korpsstärke wird die Lage der Bolschewiken in militärischen Kreisen vielfach skeptisch beurteilt, weil die Truppen zu schwach seien, um der Bolschewiken eine entscheidende Niederlage zuzulassen. Verächtlich sei ferner der Rückzug der Bolschewiken und die geringe Werte der Weissen Armee, welche Meldungen von neuen Zusammenziehungen bolschewistischer Truppen, Hebrügens werden erste Anzeichen zwischen den estnischen Truppen und den Russen bekäufte. Teile der estnischen Truppen weinerten sich unter Hinweis auf das Feind-ersennebort der Bolschewiken, weiteranzutreten. Andere estnischen Truppen wurden an die lettische Front gelandert.

Die Ostgrenze Polens.

Wien, 20. Okt. (Drahtnachricht.) Einer Lemberger Mitternachtung zufolge wird aus Warschau berichtet, daß nach Pariser Meldungen der Präsident die Ostgrenze Polens festgelegt habe. Polen erhält den ganzen Bezirk Suwalki, den Bezirk Augustow mit Ausnahme einer nordwestlichen Ecke, den größten Teil des Bezirkes Czarny, ferner vom Gouvernement Grodno die Bezirke Sokul, Blawitz und Wielec. Die Grenze verläuft jedoch längs des Anglufusses bis zur ersten hier reichlich russischen Grenze und längs dieser Grenze bis zum Anjeft. Bei Drek-Litowit dehnt sich die Grenze angustins Polen aus. Des Ostteil von Wlana, Grodno und Wink sei noch nicht entschieden.

Völkerbundestreit in Amerika.

Wien, 20. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Aus Washington wird der „Associated Press“ gemeldet, daß laut Aussagen der Parteiführer der Republikaner der Senat die amerikanischen Delegierten nicht beschuldigen wird, am Völkerbund oder irgend einer internationalen Kommission teilzunehmen, bevor der Senat den Friedensvertrag ratifiziert haben werde. Die Führer der Demokraten dagegen behaupten, daß der Präsident alle Vollmachten besitzt, um alle internationale Kommissionen zu ernennen, daß er aber wahrscheinlich darauf verzichten werde, diese Maßnahmen zu treffen, wenn der Senat sich ihm offiziell entgegenstellt. Von anderer Meinung hat die Regierung in Washington beschlossen, die auf den 29. Oktober festgesetzte internationale Arbeiterkonferenz auf kurze Zeit zu verschieben, weil kein beschuldigter Vertreter des Völkerbundes bis dahin erkannt werden konnte.

Langsam für eine Splendid Isolation.

Wien, 20. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Der Washingtoner Korrespondent der „Daily News“ meldet, daß Staatssekretär Lansing die gesamte Meinung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hat. Wie verlautet, ist Lansing gegen alle auf die Befreiung der Türkei oder auf sonstige auf Einzelheiten der Vereinigten Staaten in die europäischen Verwicklungen gerichteten Pläne und für splendid isolation.

Die schwierige wirtschaftliche Lage Amerikas.

Wien, 20. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily News“ wird aus Washington gemeldet, daß die durch die Krise an dem Industriekontingenz geschaffene wirtschaftliche Lage die schwierigste sei in der bisherigen Geschichte der Vereinigten Staaten. Am Freitag besaßen sich 750 000 Arbeiter im Auslande.

Französische Annahmestellung.

Wien, 20. Okt. (Drahtnachricht.) Der Senat genehmigt das Annahmestellung und bezieht die Annahme auf Belgien aus, soweit sich die Belgier nicht auf mehr als zwei Monate erstreckt.

Die Frau in Kirche und Kirchengemeinde.

Dr. Agnes von Barnad hat in „Westerns Monatsheften“ (Braunshweig, Georg Weidmann) einen bemerkenswerten Aufsatz über „Die Mitarbeit der Frau in Kirche und Kirchengemeinde“ veröffentlicht, dessen Hauptinhalt auch in der politischen Presse Beachtung verdient. Zitiert Dr. Agnes v. Barnad schreibt u. a.:

Die Volkstische im Volksstaate — d. h. also eine Einrichtung, die von allen Klassen und Ständen getragen wird und die allen Klassen und Ständen in gleicher Weise dient, d. h. wenn wir einen Schritt weiter gehen, eine Einrichtung, die Männern und Frauen das gleiche Recht gibt, ihnen gleiche Pflichten auferlegt und gleiche Güter schenkt. Um diese Volkstische zu bauen, brauchen wir die Mitarbeit der Frau.

Wenn es sich um die Mitarbeit der Frau beim Wiederaufbau der Kirche handelt, so müssen die Frauen zunächst das Recht bekommen, in allen kirchlichen Körperlichkeiten und Verwaltungsinstanzen als vollberechtigte Mitglieder einzutreten. Daß den Frauen dieses Recht werden wird, daran ist wohl heute kaum mehr zu zweifeln. Wenn es gegeben ist — und wir erwarten es in aller nächster Zeit — muß unter den Frauen aller Kreise und aller Stände eine rege Partizipationsarbeit über dieses Recht und die daraus erwachenden Pflichten einsehen. Das wird nicht schwer sein, denn während das politische Wahlrecht einem großen Teil der Frauen ein nicht unbedingt willkommenes Geschenk war, ist das kirchliche Frauenstimmgerecht eine Forderung, die schon lange vor der Revolution verfochten worden ist. Es wird aber nicht genügen, daß die Frauen sich für das kirchliche Stimmrecht erkundigen, wenn sie es haben, sie müssen unbedingt interessiert, schon vorher auf die Gestaltung des Wahlrechts einen Einfluß zu bekommen. Unter kirchlicher Wahlprozess, wie er bisher war, war nicht nur unvollständig, sondern er gab auch ein ganz falsches Bild von der Zusammenfassung der Gemeinde, von den in ihnen ausgeprägten Bestrebungen und Richtungen. Was bei dem Stimmrecht durch Kreis und Provinzialparlamenten schließlich eben in der Generalversammlung einlief, war nicht mehr als Ausdruck des Gemeinwillens anzusehen, sondern war der Ausdruck ganz anderer, vielfach rein kirchlicher Dinge. Wenn wir daran etwas ändern wollen, müssen wir uns jetzt Gehör verschaffen.

Nein der Mitarbeit in Kirchenvereinen und Verwaltungsinstanzen fordern wir die Mitarbeit der Frau im praktischen kirchlichen Amt. Wegen diesen Gedanken werden zweifellos zunächst schwere Behenken erhoben werden, und zwar Behenken der alterstypischen Art. Als erste hören wir die Stimmen, die auf Grund kirchlicher und biblischer Tradition von solcher Ausdehnung der Frauenarbeit nichts wissen wollen. Zu den religiösen Behenken gesellen sich Behenken allgemeiner Natur. Die Kirche ist wesentlich nicht dazu da, um der Frauenarbeit sei es auch in solcher äußere dem Hören wir Behenken mehr äußerlicher Art: Die Frau auf der Kanzel, wenn möglich im Tarar, welsch ein Schandstück! Schwermüder Behenken — aber, wie wir zu zeigen hoffen, nicht unüberwindliche Hindernisse. Gegen die erste Gruppe läßt sich nicht aufzuklären erörtern: Mag das Wort des Apostels Paulus: Das Weib schweige in der Gemeinde, als auf eine einzelne Situation angewendet, verstanden werden, oder man mag daraus entnehmen wollen, daß Paulus alle Frauen für immer von dem Dienst am Wort in der Kirche ausschließen wollte, so läßt sich doch ein anderes gegenüber, nämlich das Wort, daß der Christus leidet, aber der Welt Lebenslicht macht. Und mit diesem Worte treten wir dem unangenehmsten Hindernisse entgegen, der das Geschlecht zum Bewusstsein und zur Verantwortung des Lebens-Bewusstseins machen will. Zum zweiten: Frauenrecht! Gewiß soll es in der Kirche sein: Sie ist nicht Mann, noch Weib! Aber gerade deswegen können wir uns nicht darauf festlegen, daß die Aufgaben, die das Pfarramt hat, immer und unter allen Umständen nur von den Männern ausgeführt werden sollen. Es gibt auch hier einen Gesichtspunkt: jeder soll die Arbeit tun, die er am besten ausführen kann. Am wenigsten fallen ins Gewicht die Behenken der dritten Gruppe: sollte die Frau auf der Kanzel zunächst als Senation wirken, so kann man sicher sein, daß sich solche Senation schnell tot laufen wird. Das Wunder von gestern ist schon morgen eine Alltäglichkeit.

Besser und treffender als mit herkömmlichen Argumenten lassen sich die angeführten Einwände durch einen Blick in die Praxis widerlegen. Wir haben die Frau als Pfarrerin bereits in einer Reihe von amerikanischen und englischen Gemeinden, wir haben sie seit einiger Zeit in der Schweiz und wir haben auch in Deutschland Anfänge, die zu einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung führen werden. Aber die in Amerika gemachten Erfahrungen beruht ein Aufblick von Eglise Mar Collum Jones D. D., der als Vortrag auf dem fünften Weltkongress für freies Christentum und religiöser Fortschritt 1910 gehalten worden ist. Neben den jahrzehntelangen Erfahrungen der angelsächsischen Länder stehen die ersten Anfänge in der Schweiz und in Deutschland. Im Dezember 1917 erließ die tonale Kirchengemeinde von Fortschritt der kantonalen Hilfssprecher die Erlaubnis, eine Theologin zu kirchlichen Ausübungsfunktionen abzuordnen und umfährte das die zulaufende Kreislösung: A. B. Unterrecht, Gellert, Gemeinde- und Armenpflege. Zur gleichen Zeit wie in der Schweiz ist in Baden durch den Seibolmer Kirchengemeinderat eine Theologin angestellt worden, denn sie nach einjährigem Besuch des Predigerseminars in

Feldberg die zweite Dienstreise abgelegt hatte. Ihre Hauptaufgaben bestehen im Regimentsunterricht in der Schule und in der Seelorge in den Universitätskliniken, sowie im Frauengefängnis. Hierbei kommt sie auch in die Lage, Bibelstunden und Andachten abzuhalten. Aus dem Arbeitsplan ergibt sich bereits, daß diese Aufgaben nicht, wie gelegentlich vorgeschlagen wird, einfach einer sozial geläuterten Frau übertragen werden können, sondern daß sie eine wissenschaftlich-theologische Bildung erfordern. Für den Unterricht, zumal an höheren Schulen, liegt das eine weitere auf der Hand, aber auch die Kranken- und Gefangenenschulung kann auf sie nicht verlagert, denn gerade diese Arbeit ist überwiegend apologetischer Natur; da heißt es, sein Wissen bereitzustellen, um Hebe und Antwort stehen zu können, und das lernt sich nicht so nebenbei durch Kirchentag und Lesüre, sondern erst ein geordnetes, umfassendes Studium voraus. Die bisherigen deutschen Erfahrungen sind noch gering, noch ist auch die Zahl der Theologinnen klein, die für derartigestellungen in Betracht kämen; noch sind aber auch die Gehaltsverhältnisse der in Frage kommenden Stellen so ungenügend, daß ein Zustrom unter diesen Umständen erwartet werden kann.

Ein sehr viel breiteres Arbeitsfeld für Frauen eröffnet sich, wenn wir uns das große Gebiet der kirchlichen Wohlfahrtspflege denken. Gleich wird der demokratische Staat einen großen Teil derselben in eigene Regie nehmen wollen, aber die Initiative, der Erfindungsgeist, die schöpferisch mitempfindende Liebe wird sich neben den staatlichen Institutionen immer auch in der freien Wohlfahrtspflege betätigen und hier sollte sich die Kirche nicht das Recht nehmen lassen, allen anderen voranzugehen.

Endlich, der Kirche und der kirchlichen Gemeinde kann man nur dienen, wenn man als lebendiges Glied an allen ihren Veranstaltungen teilnimmt. Von der Passivität des Zuhörers, Hin- und Annehmens müssen wir fortstreifen zu einer produktiven Teilnahme. Jeder von uns hat dem kirchlichen Leben gegenüber Wünsche, Pläne und Absichten, die nicht bloß Angelegenheit von ein paar Pastoren behandelt und erledigt werden. Die kirchliche Gemeinde, d. h. also wir selbst, müssen die Fragen beantworten, die h. das Leben unserer Gemeinden muß viel reichlicher, viel belebter, ihr Rechte nicht an, zu sagen, viel farbiger werden.

Graf Czernin über Kaiser Wilhelm.

Wien, 20. Okt. In seinen von der „Post“ veröffentlichten Erinnerungen schreibt Graf Czernin weiter über Wilhelm II.:

„In den Jahren 1917 und 1918, in denen ich namentlich mit Kaiser Wilhelm zu tun hatte, war seine Erscheinung vor unangenehmen Erörterungen so hart, daß es oft die größten Schwierigkeiten machte, das Notwendige an den Mann zu bringen.“ Als Beispiel führt Graf Czernin ein Erlebnis an, auf einer zweitägigen Wafenschau mit Wilhelm II. an und sagt über dieses: „Er lud mich in den Speisewagen zum Frühstück ein. Dort saßen wir in Gesellschaft von ungefähr zehn Herren, so daß keine Möglichkeit war, eine sachliche Konversation zu beginnen. Ich mußte ihn mehrmals, und das letzte Mal sehr ausdrücklich, um einen persönlichen Vortrag zu ermöglichen, bis er endlich anknüpfte, er aber noch ein paar der ausstrahlenden Antriebe zu der Unterredung bezog, um bei demselben Schatz gegen erwartete Vorwürfe zu finden.“

Sofe Wilhelms II.

„Ich habe immer gefunden, daß die Gesellschaft nicht die an Sofe lebenden waren, sondern die Generale, Admirale, Professoren, Beamten, Volksprediger und Gelehrten, die den Kaiser stützen sehen. Speziell in der zweiten Hälfte des Krieges waren die maßgebenden Männer um Kaiser Wilhelm herum gewiß keine Byzantiner, vor allem Evidenoffiziere nicht.“

Zu dem Verhältnis Wilhelms II. zu England übergehend, schreibt Graf Czernin: „Ich habe immer den Eindruck gehabt, daß der Kaiser, der die geringe Sympathie, die er in England genoss, als überdenklichen Mangel empfand, gern an der Themse bestetigt gewesen wäre, und daß das Wohlwollen dieses Betreffenden bei ihm einen gewissen Reiz auslöste. Er war sich natürlich vollkommen klar darüber, daß die Art und Weise, wie er persönlich in England eingeschätzt wurde, auf die englischen deutschen Beziehungen einwirken mußte. Sein Wunsch, auf den zurück zu werden, entsprang daher nicht persönlicher Eitelkeit, sondern vollständigem Interesse. Die Einleitungsreise König Eduards begann in der Art, als er die meiner Ansicht nach nicht ganz glückliche Beziehung erweckte, daß eine Verständigung mit Kaiser Wilhelm unmöglich sei.“

Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz.

Wien, 20. Okt. Die Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz nahmen heute vormittag im Reichsministerium des Innern ihren Anfang. Reichsminister Dr. Koch beehrte die Vortonsitzung und schilderte kurz ihre Aufgaben. Unterrichtsminister Schulz betonte die Notwendigkeit eines engeren Zusammenhanges zwischen Reich und Ländern und erläuterte das Arbeitsprogramm: 1. Ausarbeitung über die von dem Reichsministerium des Innern und der preussischen Unterrichtsverwaltung gemeinsam eingesetzten Beiräte für die Arbeiten der Reichsschulkonferenz. 2. Organisation der Reichsschulkonferenz selbst. 3. Klärung über die kritischen Artikel der Reichsverfassung. Der Redner empfahl die Einleitung eines 20 gliedrigen Ausschusses für eine dauernde organisatorische Verbindung zwischen dem Reich und den Ländern, die der preussische Unterrichtsminister Bredt als unbedingt nötig bezeichnete. Ministerialdirektor Oberregierungsrat Reinhardt befragte die Leitfrage für die Verhandlungen der Reichsschulkonferenz.

Wien, 20. Okt. (Drahtnachricht.) In der Sitzung der Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz am Montag (unter dem Vorsitz des Unterrichtsministers Schulz) war mit großer Mehrheit beschlossen, die Reichsschulkonferenz beschließen zu lassen, ferner einen Ausschuss zu bilden, der die Verbindung zwischen dem Reich und den Unterrichtsverwaltungen der Länder herzustellen und außerdem die Konferenz vorbereiten. Einmütig wurde darüber, daß eine Reihe wichtiger Fragen Lösung durch ein Reichsausschreiben zu regeln und noch vor der Reichsschulkonferenz zu erledigen sei. Die Vorarbeiten für die Konferenz wurden dem Ausschuss

übertragen, insbesondere die Frage der Dauer der Verhandlungen, die Auswahl der Teilnehmer und verschiedener Einzelfragen. Als ungefähre Zeitpunkt für das Stattfinden der Konferenz wurde Dieren 1920 in Aussicht genommen. Einmütiglich der Regierungserreiter soll die Zahl der Teilnehmer nicht mehr als etwa 400 betragen. Ferner wurden dem Ausschuss die Befugnisse zur Vorbereitung überlassen, die die Reichsschulkonferenz beschäftigen soll, sowie eine Reihe anderer noch zur Erörterung gestellter Fragen auf dem Schmeldegebiet. Einmütiglich fertigte darüber, daß die Erörterung der im Auslande tätigen Lehrkräfte eine Frage sei, deren möglichst baldige Erörterung erfolgen müsse. Ferner soll eine Neuordnung der Reichsjustizverwaltung baldigst in die Wege geleitet werden. Morgen werden in den Vorbereitungen die mit dem Schmeldegebiet im Zusammenhang stehenden Verfassungsfragen behandelt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Wien, 20. Okt. Im Ministerische: Schilde. Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts:

Reichsarbeitsministerium.

Abg. Wimmel (D. Vol.) tritt für baldige Schaffung eines Arbeitsrechts ein. Die Gewerkschaften müssen sich als Anlauf annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung wird noch immer an keine Geleitet, die ihnen zugewiesene Arbeit nicht tun oder wieder niederlegen.

Eine Reihe weiterer Titel wird angenommen. Abg. Schneider (Dem.) die Arbeitslosenversicherung darf nicht mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz verbunden sein zum Zweck der Angestellten ausschließen, was Minister Schilde nicht tun ergaben will.

Zum Titel Förderung des Arbeitsnachweises liegt ein Antrag Scheidemann vor, die eingestellten 600 000 M. auf 1 000 000 M. zu erhöhen.

Abg. S. H. (Soz.) fordert Aufhebung des Arbeitsnachweises im Bergbau und begründete den Antrag mit dem Interesse der Bergarbeiter am Bergbau.

Dem Abg. Wolf (Zit.) der den Antrag für nicht genügend begründet hat, stimmen die Abg. Wid (Dem.) und Jurell (U. S.) an.

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) Im Arbeitsnachweises darf nicht Identifiziert werden. Die Arbeitsnachweises müssen nach verschiedenen Gebieten auseinander werden, und vor allem müssen sie wirklich Arbeit nachweisen.

Der Antrag Scheidemann wird angenommen. Abg. Gieseler (Dem.) tritt für

unpersönliche Zusammenfassung der Schlichtungsausschüsse ein.

Abg. Franke (Dn.) Der Minister hat sich zur Reform der Schlichtung entschieden. Die Schlichtung der Schlichter in das Vertriebsgebiet ist hienach zu begründen. Viele Tausende von Heimarbeitern wollen arbeiten und nicht Arbeitslosenunterstützung beziehen, aber nicht in der Gegend arbeiten. Auswegen der Bundesländer ist zu wünschen, daß die Heimarbeitern bei ihren Kindern bleiben. Natürlich muß die Heimarbeit reformiert werden.

Der Arbeitsnachweis darf nicht gefährdet werden. Die Eöhne dürfen nicht gedrückt werden. Die Kräfte der Heimarbeitern können in der Heimarbeit ausgenutzt werden. Es wird Zeit, daß die Heimarbeitertätigkeit in Kraft tritt. Die Frauenschiffe müssen von der Heimarbeitertätigkeit ausgeben. (Beifall rechts.)

Abg. Franke (Soz.) wünscht bei dem Kapitel Arbeitslosenunterstützung die Schlichter auseinander und Erhöhung der Eöhne für weibliche Arbeitslose.

Damit ist der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Süßen (Soz.) berichtet über die Ausgabeverhandlungen.

Weiterberatung morgen 1 Uhr; vorher Anträge. Sitzung 5 1/2 Uhr.

Die Tagung der Schulkommission.

Wien, 20. Okt. Der zweite Interessenschub des parlamentarischen Interessenschubes über die Schulkommission hat sich heute in der Reichsschulkonferenz in der internen Sitzung gehalten, aber morgen vormittag mit der öffentlichen Sitzung beginnen. Es ist zunächst in Aussicht genommen, das Minister des Reichsministeriums Dr. Singer entgegenzunehmen und dann in die Verhandlung des früheren deutschen Reichsministers in Washington, Grafen Bismarck, einzutreten. Ob die Verhandlung jedoch morgen stattfinden kann, hängt von der Dauer des Aufenthaltes des Reichsministers ab.

Kautsky als Sachverständiger.

Wien, 20. Okt. Der erste Interessenschub des parlamentarischen Interessenschubes über die Schulkommission hat sich heute in der Reichsschulkonferenz in der internen Sitzung gehalten, aber morgen vormittag mit der öffentlichen Sitzung beginnen. Es ist zunächst in Aussicht genommen, das Minister des Reichsministeriums Dr. Singer entgegenzunehmen und dann in die Verhandlung des früheren deutschen Reichsministers in Washington, Grafen Bismarck, einzutreten. Ob die Verhandlung jedoch morgen stattfinden kann, hängt von der Dauer des Aufenthaltes des Reichsministers ab.

Minister Müller im Ausbruch.

Wien, 20. Okt. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung betonte Reichsminister Müller bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes, daß bei der Bewertung der auswärtigen Eöhnen nicht nur parteipolitischen Rücksichten zu berücksichtigen seien, sondern nur nach dem Grunde der tatsächlichen Eöhnen. Weiter erklärte der Minister, daß wirtschaftliche Fragen, wie Kreditoperationen, Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln usw., auf andere Ministerien übergegangen seien.

Die Kämpfe in Mexiko.

Hamburg, 20. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Ueber die Lage in Vera Cruz im besonderen und in Mexiko im allgemeinen sind dem Schuppenblatt deutscher Anwesenheit in Hamburg wertvolle Nachrichten aus diesen sonst vom Nachrichtenverkehr abgeschnittenen Ländern zugegangen. Es heißt in dem Bericht in den genannten Schuppenblatt, daß der Bundesrat in dem genannten Schuppenblatt, daß die Revolutionen in Mexiko die Eöhnen und den Lebensstandard herabsetzen. Ulla hat nach seiner Schlappe bei Villa Guzman und St. Andres allem Anschein nach mit amerikanischer Hilfe eine durchgreifende Reorganisation seiner Bundesorgane vorgenommen. Neuerdings taucht er im

Gebiete von Durango auf, in demselben Gebiet, das von verschiedenen Berliner Siedlungsgesellschaften als Siedlungsgebiet für Deutsche erworben ist, und versucht, mit harter Kräfte die Stadt zu überfallen. Die Regierungstruppen behaupten sich jedoch, und die Bundes Armas wurden bereitgestellt, daß sie nach Norden ziehen müßten. In Vera Cruz sind die Arbeiten zur Errichtung einer großen drahtlosen Station aufgenommen worden, die eine Verbindung mit den westlichen und mitteleuropäischen Staaten ermöglichen soll.

Neue Anklagen gegen Wilson.

Wien, 20. Okt. Der Sonderbericht erstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet: Senator Frank habe anlässlich des Einflusses Wilsons. Truppen nach Mexiko zu entsenden, erklärt, eine derartige Maßnahme müsse es verhindern, daß die Vereinigten Staaten in Mexiko eine Rolle spielen. Senator Walsh aus Montana habe im Senat eine Resolution eingebracht, die inländische Frage bei der ersten Tagung des Rates oder bei der ersten Sitzung des Völkerbundes zur Sprache zu bringen.

Deutsches Reich.

Für die vertriebenen Elbsiedler.

Bei Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern trat Abg. Dill an für die vertriebenen Elbsiedler. Er erklärte, er wies daraufhin, daß unter den Vertriebenen ein großer Wohlstand herrsche, und daß man seine durchgreifende Abhilfe infolge der Verantwortung der Reichsregierung. Das müsse anders werden. Auch die Regierung der Entschädigungsausschüsse erfolge im Sondernotwendigen empfänden die vertriebenen Beamten und Lehrer es äußerst niederträchtig, daß man ihnen keine Beschäftigung zuweisen könne. Mit Recht sagten sich diese Kreise, daß wenn sie ihre Einkommen weiterbezügen, dann auch Arbeit dafür leisten wollten.

Der Regierungserreiter gab die gerügten Uebelstände zu und ver sprach Abhilfe. Ueber 80 000 Vertriebene gäbe man bereits, etwa der vierte Teil der Arbeitslosen. 4500 Beamte seien ausgewiesen, davon 1500 anderwärts untergebracht.

Beilage Konstan für Hamburg und Bismarck.

Amsterdam, 20. Oktober. „Neuhaus Dösterling“ meldet aus Bismarck, daß in diesem Tagen beifolgende Konstan nach Hamburg und Leipzig entsandt werden.

Die Wirkung des Frauenwahlrechts.

Aus Köln meldet der „Vorwärts“: Da dort Frauen und Männer bei den Wahlen getrennt wählen, könne man den Einfluss des Frauenwahlrechts auf die Stärke der einzelnen Parteien genau feststellen. Ohne Frauenwahlrecht würden bei der letzten Wahl die Mehrheitsparteien 51 statt 43, das Zentrum 37 statt 49 und die U. S. D. 8 statt 7 Stimmen erhalten haben.

Warenverkehr Paris—Frankfurt.

Wie die „Tägliche Rundschau“ aus Frankfurt berichtet, sollen in der letzten Zeit mehrere Lastkraftwagen mit Anhängern, beladen mit Textilwaren und Stoffen, in Frankfurt am Main eingetroffen sein, wo sie ihre Waren in engros-Geschäften abblättern. Diese Kraftwagen seien direkt von Paris gekommen und hätten als erste den unmittelbaren Warenverkehr zwischen Paris und Frankfurt eröffnet.

Polnische Pflichten bei einer Zeitung.

Wien, 20. Oktober. Wie die „Post“ mitteilt, hatte die „Greifswalder Zeitung“ in einem Artikel unter der Überschrift: „Ein Greifswalder Ehrgeizweiber“ Angriffe, die in einem Artikel des „Vorwärts“, „Die Revolutionen in Mexiko“, enthalten waren, zurückgewiesen. Nachdem der Greifswalder Arbeiter und die organisierte Arbeiterkraft binnen einer halben Stunde die Verbreitung eines Extrablattes durch die Zeitung verlangt hatten, worin der Abdruck des Artikels, „Ein Greifswalder Ehrgeizweiber“ mit Bedauern zurückgenommen werden sollte, und Verlag und Zeitung dieses Annehmen ablehnen wollten, beschloß das technische Personal der Zeitung, so lange in passiver Haltung zu verharren, bis die verlangte Erklärung veröffentlicht wurde. Der Verlag erklärte, daß er die Arbeiterkraft, die entgegen dem eingegangenen Tarifvertrag ihre Arbeit nicht ausführen, entlassen werden.

Wäckerle in Königsberg.

Königsberg, 20. Oktober. Die Wäckerle sind heute morgen in den Zustand getreten. Die Brotverforgung der Stadt soll aber geregelt werden.

Ausland.

Kammer und Senatsrat in Frankreich. Wien, 20. Okt. Durch ein Dekret des Präsidenten wurden gestern nach Kammer und Senat geschlossen. In ihrer letzten Sitzung beschloß die Kammer, als Tag der Beendigung des Krieges, den Tag der Veröffentlichung des Ratifikationsaustausches anzugehen.

Spaniens König in Paris.

Wien, 20. Okt. König Alfonso von Spanien ist heute vormittag inlogite in Paris eingetroffen.

Englische Kolonialkämpfe.

Wien, 20. Okt. Rente. Eine Truppe Bana Weaters in Stärke von 600 Mann griff am 5. und 6. Oktober zwischen Manghi und Vuni eine Portugiesensiedlung an. Die britischen Kräfte betrogen leichtsinnig 20 Mann, darunter zwei britische Offiziere, und ein indischer Senats-offizier tot. Eine neue Kolonne mit Geschützen hat sich am 8. Oktober nach Manghi begeben.

Halle und Umgegend.

Halle den 21. Oktober 1919

Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorstandsitzung die Gv. Senia, Dr. Keil, Steiner und Kreis. Der Vorsteher beantragt eine Dankelegung der Herren von Bauernschaft der Arbeitervereine für ihre Beihilfe zur Kenntnis. Ferner die Einnahme eines Polizeigeldes und befristeter Arbeit. Hierin aber liegt wieder ein Widerspruch für den befristeten Kaufmann, hat der Stadtverordnete beantragt, nicht der Meinung der Arbeitervereine zu sein.

